



Fotos: © Badenova

GESPENSTERDEBATTE

Wasserkraft-Rebellen wollen Anteile von Badenova kaufen – abgelehnt

Von Lars Bargmann

Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) können die Thüga-Anteile an der Badenova AG und Co. KG nicht kaufen. Diese Offerte hatte EWS-Geschäftsführerin Ursula Sladek Ende vergangenen Jahres pressewirksam platziert. Kurz zuvor hatte Badenova verkündet,

den kompletten Privat- und Klein-gewerbekundenbereich atomstromfrei umzustellen. Mehrere Medien griffen die Idee auf und spekulierten bereits über den Preis für die 47,3 Prozent, die der Eon-Tochter Thüringer Gas AG (Thüga) an Badenova gehören. Eine Gespenster-

debatte, denn die Thüga, das sagt deren Vorstandsmitglied Herbert Rügen auf Anfrage des Freiburger Stadtmagazins chilli, verkauft die Anteile gar nicht: „Wir sind sehr zufrieden mit der Badenova und haben keine Pläne, unsere Anteile ganz oder teilweise zu veräußern.“

Die Badische Zeitung berichtete dessen ungeachtet, die Idee eines Kaufs der Thüga-Anteile sei durchaus „langfristig durchzusetzen“, denn die Stadt entscheide im Rahmen des Konzessionsvertrags darüber, wer auf ihrem Gebiet Leitungen nutzen darf. Das stimmt zwar, nur kann die Stadt im Rahmen dieses Vertrags sich allein dafür entscheiden, die Konzession entweder Badenova oder einem Dritten zu geben, nicht aber nur einer Thüga-freien Badenova. Und das Rathaus wird diese Konzession kaum einem Dritten geben, an dem sie dann nicht mitverdient. Die Frage, ob die Schönauer die nötige Investition von mindestens 400 Millionen Euro im Rahmen einer Bürgerbeteiligung stemmen könnten, ist demnach müßig.

Selbst wenn sich aber die Thüga AG bei einem äußerst großzügigen Angebot entscheiden würde, die Anteile zu verkaufen, dann hätten die Kommunen, die Badenova im Jahre 2000 mitgegründet haben, außer Freiburg unter anderem die Städte Offenburg, Lörrach, Breisach, Waldshut-Tiengen und Lahr (siehe Grafik), ein Vorkaufsrecht – und würden dies aller Wahrscheinlichkeit nach sofort ausüben, denn eine viel bessere Rendite dürfte woanders kaum zu erzielen sein. „Wir würden jedenfalls sofort kaufen, das ist doch logisch“,

sagt denn auch Freiburgs Rathaussprecher Walter Preker.

Im Konsortial- und Gesellschaftsvertrag der Badenova ist festgeschrieben, dass bei einem Verkauf von freiverwendenden Anteilen zuerst die Mitgesellschafter je nach ihren aktuel-

Watt volt ihr denn?

len Kapitalanteilen – Freiburg hält derzeit 32,8 Prozent – zukaufen können. Verzichtet Freiburg, haben die anderen Städte die Möglichkeit, die Thüga-Anteile zu erwerben. Der EWS-Vorstoß geht also auch vertraglich ins Leere.

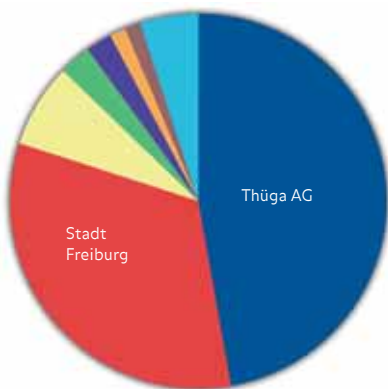
Gleichwohl ist die Verbandelung mit der Thüga für die Badenova gerade in Südbaden nicht nur von Vorteil: Ob im Gemeinderat, in der Stadtverwaltung, selbst in Badenova-Kreisen gibt es Funktionsträger, die einer (noch) stärkeren Kommunalisierung der Badenova alles andere als abgeneigt gegenüberstehen. Wenn Sladdek zu Protokoll gibt, dass die EWS bereitstünden, wenn die Stadt Freiburg ihren Stromversorger wieder zu

einem Unternehmen der Stadt und ihrer Bürger machen wolle, trifft sie also genau in diese Kerbe. „Es ist ja interessant“, sagt der Freiburger Oberbürgermeister und Badenova-Aufsichtsratschef Dieter Salomon im Gespräch mit chilli, „dass die EWS genau in dem Moment, in dem die Badenova deren moralisches Monopol auf Grünstrom bricht, dieses Angebot macht.“

Die Thüga war übrigens schon zu Zeiten der Freiburger Elektrizitätswerke (FEW) mit im Boot – seinerzeit eingefädelt vom SPD-Oberbürgermeister Eugen Keidel, der keine Lust mehr darauf hatte, dass die Stadtwerke GmbH wegen jeder Anschaffung etwa eines neuen Trafohäuschens in den Gemeinderat musste. Die von Puristen kritisierte Verbandelung mit der Atomwirtschaft ist deswegen gegeben, weil die Thüga eine Tochter des Eon-Konzerns ist. Setzt sich mittelfristig die Europäische Union (EU) mit ihren Plänen durch, die Stromerzeugung von Netz und Versorgung zu trennen, wird Eon sich von der Thüga trennen müssen.

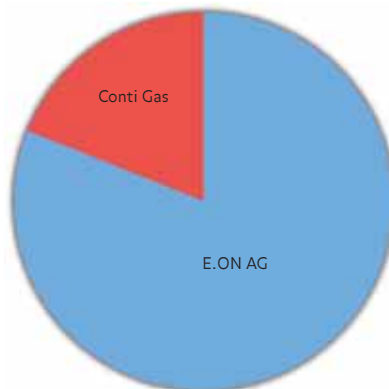
Auf der anderen Seite ist die Thüga aber – von der übrigens Badenova-Vorstandschef Torsten Radensleben kam, von der ursprünglich auch der Seidemann-Nachfolger Maik Wasmer in den Vorstand kam – bei vielen

»»



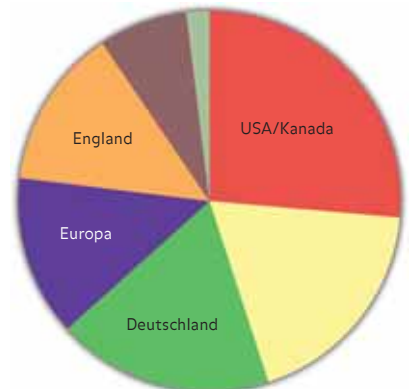
Wem gehört die Badenova AG & Co. KG?

- Thüga AG: 47,3 %
- Stadt Freiburg: 32,8 %
- Stadt Offenburg: 7,1 %
- Stadt Lörrach: 2,8 %
- Stadt Breisach: 2,1 %
- Stadt Waldshut-Tiengen: 1,6 %
- Stadt Lahr: 1,4 %
- Weitere Kommunen und Zweckverbände: 4,9 %



Wem gehört die Thüga AG?

- E.ON AG: 81 %
 - Conti Gas Deutsche Energie AG*: 18,9 %
- * E.ON-Tochter



Wem gehört die E.ON AG?

- Institutionelle Aktionäre USA/Kanada: 26,4 %
- Nicht identifizierte Aktionäre*: 18,7 %
- Institutionelle Aktionäre aus Deutschland: 18,2 %
- Institutionelle Aktionäre Europa: 13,7 %
- Institutionelle Aktionäre Großbritannien: 13,6 %
- E.ON: 7,4 % / ■ Land Bayern: 2 %

*Nach Angaben eines Unternehmenssprechers sind darüber keine genaueren Angaben möglich.

Grafik: © chilli

» » Aktivitäten ein guter Partner, etwa wenn es um die Einkaufspreise für Gas und Strom geht. Durch die Gas- und Stromhandelsgesellschaft Syneco, an der die Thüga mit rund zehn Prozent und 70 regionale, kommunale Energieversorger beteiligt sind, hat Badenova zahlreiche Vorteile: In der Einkaufsgemeinschaft Syneco sitzen Experten für den Energieeinkauf, die sich nicht nur an den Börsen gut auskennen. Wenn die beteiligten Unternehmen zusammen größere Energielose kaufen, haben sie bessere Konditionen, können zuweilen in richtigen Momenten auch von Festpreisangeboten profitieren oder auch zusammen bei Stromspeicheroptionen auftreten. „Die Syneco bietet uns einen sehr einfachen und effizienten Zugang zu den Märkten“, sagt Radensleben. Wenn der große Minderheits-eigner Thüga bei der Badenova draußen wäre, flöge Badenova umgekehrt auch aus der Syneco raus, so ist der Deal im Hintergrund. Ein Ausstieg der Thüga könnte demnach auch am Badenova-Gewinn kratzen, von dem das Freiburger Rathaus jährlich mit rund 20 Millionen Euro profitiert.

Wenn die Thüga aussteigen würde, würde Badenova zudem „eine Menge Know-how verlieren“, meint Rüb-

ben, der im Badenova-Aufsichtsrat als Stellvertreter von Oberbürgermeister Dieter Salomon sitzt. Mit dem OB habe er die Verlautbarungen aus Schönau „kurz besprochen“ – ein eigener Tagesordnungspunkt in einer Aufsichtsratsitzung sei zur Behandlung des Themas nicht nötig gewesen. Zur Ablehnung des Verkaufs soll es im Rathaus nur eine kurze handschriftliche Notiz geben.

Sladeks und Salomon an einem Tisch

Für Salomon (Grüne) könnte der Vorstoß von Ursula Sladek aus Schönau dann wenig hilfreich sein, wenn dieser bei der nächsten OB-Wahl in zwei Jahren erneut Thema wird und die „Stimme des Volkes“ in Freiburg klar für eine Badenova wäre, die fernab jeder Atomwirtschaft in kommunaler und Bürgerhand votiert. „Das kann ich mir kaum vorstellen, denn die Badenova ist bereits jetzt mehrheitlich in kommunaler Hand und die Vorteile der Anteilseignerstruktur liegen ja auf der Hand“, sagt Salomon, der übrigens beim politischen Aschermittwoch im Vorderhaus mit Ursula und Michael Sladek an einem Tisch saß. Dessen völlig ungeachtet kann sich Radensleben auf anderer Ebene eine Partnerschaft mit der EWS „gut vorstellen“. Nur welche das sein könnte, ließ er offen.



Uneinnehmbare Festung: Badenova wird die Minderheitsbeteiligung der Thüga nicht aufgeben.

kommentar

Ein Auftrag zur Kooperation

Besonders dumm waren die Schönauer Stromrebellin ja nicht, als sie Ende des Jahres plötzlich öffentlich anboten, die Thüga-Anteile an der Badenova mit einem Bürgerbeteiligungsprojekt kaufen zu wollen. Dahinter steckt die gerade in Freiburg stets auf fruchtbaren Boden fallende Vorstellung, es auch alleine schaffen zu können, ohne große Konzerne, ohne das Kapital der Heuschrecken. Ein solch durchaus charmantes Modell hatten zuletzt der Bauverein Breisgau und die Volksbank Freiburg offeriert, als sie mit einem genossenschaftlich verfassten Beteiligungsmodell verhindern wollten, dass das Rathaus zur Sofortsanierung des maroden Haushalts die städtischen Wohnungen meistbietend verkauft.

Nein, Freiburger, kauft sie doch selber, war die verlockende Idee. Der Vorstoß aus Schönau kam zudem zur rechten Zeit, denn Badenova hatte soeben den Vorhang gelüftet und das Unternehmen noch stärker auf Ökostrom ausgerichtet. Das mag nicht jedem Energieexperten in Deutschland einleuchten, aber Badenova ist nicht irgendwo, sondern in Südbaden, und eine andere Strategie hätte bei der typisch südbadischen Stimmungslage wohl dazu geführt, dass noch mehr Kunden wechseln, weil sie direkt aus der Steckdose physisch Grünstrom wollen. Dabei war schon der alte Regiostrom gerade für Umweltbewusste ein starkes Produkt, denn es machte den Badenova-Stromsee sauberer und förderte auch noch den Zubau neuer, regenerativer Energiequellen.

Nun, Badenova-Chef Radensleben ließ sich überzeugen und vertritt seither die neue Philosophie mit Nachdruck. Dass dieser „neuen“ Badenova umweltbewusste Kunden wegläufigen, ist unwahrscheinlicher geworden. Auch deswegen haben die Schönauer gehandelt. Wenn nun die Offerte des Anteilskaufs abgelehnt ist, heißt das nicht, dass die Energieversorger die Gelegenheit nicht nutzen sollten, stärker zu kooperieren. Womöglich sind die potenziellen Eltern zu unterschiedlich, um gleich eine gemeinsame (Unternehmens-)Tochter ins Leben zu rufen. Aber auch ohne eine solche lassen sich Felder finden, auf denen besser zusammengearbeitet werden kann. Vielleicht nicht aus Liebe, aber aus der Vernunft heraus, dass besonders diese Region sich schon immer energisch für die Energiewende eingesetzt hat. Da das gemeinsam erfolgreicher geht, wäre eine Kooperation sogar ein Auftrag.

Lars Bargmann